

Teil A: Planzeichnung



- Teil B: TEXT**
- FESTSETZUNGEN**  
[§ 9 Abs. 1, Abs. 1a und Abs. 3 sowie Abs. 4 BauGB i.V.m. § 89 SächsBO]
- 1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**  
[§ 9 Abs. 1 und Abs. 1a sowie Abs. 3 BauGB]
- 1.1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG** [§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB]  
1.1.1. In den als allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzten Baugebieten WA 1 und WA 2 sind die nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen nicht zulässig und somit nicht Bestandteil des Bebauungsplanes. [§ 1 Abs. 6 BauNVO]
- 1.1.2. Erneuerungen der in den Baugebieten WA 1 und WA 2 sowie innerhalb der privaten Grünfläche vorhandenen Garten- und Wochenendhäuser sind allgemein zulässig, auch ihre Umnutzung in Wohngebäude unter Beachtung der festgesetzten Maße der baulichen Nutzung, Bauweise und überbaubaren Grundstücksfläche, wobei Gebäudeerweiterungen ohne Nutzungsänderung zu Wohnzwecken sowie sonstige Nutzungsänderungen nicht zulässig sind. [§ 1 Abs. 10 BauNVO]
- 1.2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG** [§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB]  
1.2.1. Geschossflächenzahl  
Bei der Ermittlung der Geschossfläche ist die Fläche von Aufenthaltsräumen in anderen Geschossen einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppräume mit einzurechnen. [§ 20 Abs. 3 Satz 2 BauNVO]
- 1.3. BAUWEISE** [§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB]  
Allgemeines Wohngebiet WA 1: Abweichende Bauweise, wobei nur Gebäude mit einer maximalen Länge von 15 m zulässig sind.
- 1.4. BAUGRENZEN** [§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB]  
Innerhalb der Flurstücke 207/2, 208/1, 208/2, 209/1, 209/2, 210a bis 212a ist die Überschreitung der südöstlichen Baugrenze durch Wohngebäude bis maximal 3 m ausnahmsweise zulässig, wenn im bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren nachgewiesen wird, dass die Orientierungswerte der DIN 18005, Teil 1, „Schallschutz im Städtebau, Berechnungsverfahren“, Ausgabe Mai 1987; Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1, „Berechnungsverfahren, Schallschneide Orientierungswerte für die städtebauliche Planung“, Ausgabe Mai 1987 für Wohngebiete eingehalten werden. [§ 31 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 3 BauGB]
- 1.5. GARAGEN (AUCH CARPORTS) UND STELLPLÄTZE MIT IHREN EINFAHRTEN**  
Garagen (auch Carports) und Stellplätze sind innerhalb eines Abstandes von 5 m zur jeweils angrenzenden Verkehrsfläche unzulässig. [§ 12 Abs. 6 BauNVO]
- 1.6. PRIVATE GRÜNFLÄCHE** [§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB]  
Innerhalb der im Teil A: Planzeichnung festgesetzten privaten Grünfläche sind außer den nach Teil B: Text Nr. 2.4. festgesetzten Einfriedungen als bauliche Anlagen je Grundstück zulässig:  
• Kinderspielgeräte,  
• Einfahrten zu Stellplätzen sowie sonstige Zuwegungen mit einer Breite von in der Summe maximal 5,0 m,  
• notwendige und entsprechend Teil B: Text Nr. 1.7.6. eingegrünte Mülltonnenstellplätze,  
• nicht überdeckte Fahrradstellplätze,  
• eine maximal 15 m<sup>2</sup> große nicht überdeckte Pkw-Stellplatzfläche und  
• eine Nebenanlage mit einer maximalen Grundfläche von 30,0 m<sup>2</sup> und einer Höhe bis 3,5 m über der natürlichen Geländeoberfläche.

- 1.7. **PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT / AUSGLEICHSMASSNAHMEN**  
[§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Nr. 25 BauGB; § 1a Abs. 3 und § 9 Abs. 1a BauGB]  
Regenwasserbewirtschaftung  
Das auf den privaten Grundstücken anfallende Niederschlagswasser ist zu versickern bzw. zu nutzen. Kann eine Rückhaltung oder Nutzung nicht vollständig gesichert werden bzw. erfordern grundstückseigene Regenwasser-rückhaltungsanlagen Notüberläufe, ist das Niederschlagswasser der öffentlichen Regenwasseranlage in der am Grundstück tangierenden öffentlichen Verkehrsfläche zuzuführen.  
Dabei darf die Einleitmenge in die öffentliche Regenwasseranlage 1,1 l/s je Grundstück nicht überschreiten.
- 1.7.1. Häusliches Abwasser  
Das auf den Baugrundstücken von grundstückeigenen Kläranlagen anfallende Abwasser ist weitestgehend auf dem jeweiligen Baugrundstück zu versickern. Die Sickerfähigkeit des Untergrundes ist mit hydrogeologischen Untersuchungen unter Beachtung der DIN 4261 für das häusliche Abwasser nachzuweisen.  
Bei nachgewiesenen ungeeigneten Bodeneigenschaften für eine Versickerung ist das häusliche Abwasser in einem abflusslosen Behälter zu sammeln und anschließend entsprechend der örtlich erlassenen Abwasserbehandlungsatzung dem für die Behandlung und Entsorgung des Abwassers beauftragten Unternehmen zu übergeben.
- 1.7.2. Befestigung von Stellplatzbereichen, Wegenanlagen und Terrassen  
Für die Befestigung von privaten Stellplätzen, Zufahrten, Wegen und Terrassen sind wasserundurchlässige bzw. wasseraufnehmende Materialien bzw. Gestaltungsvarianten (z.B. Schotterterrassen, Rasengittersteine, betrugeligen Pflaster, Fahrbahnen, wassergebundene Decken, Ökopflaster mit einer Versickerungsrate von mindestens 40 %) zu verwenden.  
Die Befestigung ist so auszuführen, dass das auf den jeweiligen Flächen anfallende Niederschlagswasser innerhalb dieser Flächen oder ergänzend an deren Rand auf den privaten Grundstücksflächen versickern kann.
- 1.7.3. Die nicht bebaubaren Grundstücksflächen sind gärtnerisch anzulegen und zu bepflanzen:  
a) auf mindestens 25 % der Fläche mit einheimischen standortgerechten Sträuchern (mindestens 4 Stück pro 10 m<sup>2</sup>) und  
b) je angefangene 300 m<sup>2</sup> mit mind. einem großkronigen Laubbaum, STU: 14 cm bis 18 cm, oder zwei kleinkronigen Laubbäumen einheimischer standortgerechter Arten bzw. zwei Hochstamm-Obstbäumen.  
Bei Anpflanzungen in der Nähe von Kabeltrassen ist zu diesen ein Abstand von mindestens 1,5 m einzuhalten und im Schutzstreifen von Freileitungen dürfen die Gehölze nur eine maximale Wuchshöhe von 4 m erreichen, in den Grundstücken bereits vorhandene Gehölze können hinsichtlich der in a) und b) geforderten Anzahl und Größe angerechnet werden. Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen.  
Hinweis:  
Für die Auswahl der Gehölze wird auf den Anhang 2 „Pflanzenliste“ der Begründung zum Bebauungsplan verwiesen.
- 1.7.4. Dächer mit einer Neigung bis 20° sind mindestens extensiv zu begrünen.
- 1.7.5. Mit Pergolen oder Rankgerüsten überbaute Stellplätze sowie Carports sind mit Kletterpflanzen zu begrünen. Mülltonnenstellplätze in Vorgärten sind so zu begrünen (auch mit ergänzenden Hilfsmitteln, wie z.B. Rankgerüsten), dass die Einsicht von Verkehrsflächen nicht möglich ist. Die Anpflanzungen sind bei Abgang zu ersetzen.

- HINWEISE**
1. **BEACHTUNG UND SCHUTZ EINER GASVERSORGUNGSLEITUNG**  
Im nordöstlichen Geltungsbereich unterquert die Gasdruckleitung TN 101.00 (ON 300/DP 16) der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH das Plangebiet. Ihre Lage wurde in den Teil A: Planzeichnung des Bebauungsplanes informativ übernommen. Die Breite des zugehörigen Schutzstreifens, der jeder Zeit begehbar und sichtbar zu halten ist, beträgt 2 m beidseitig zur Rohrleitungsgasse.  
Sollten aus objektiven Gründen der angegebene Schutzstreifen bzw. Sicherheitsabstände nicht eingehalten werden können, ist zwingend mit dem zuständigen Kundenzentrum der MITNETZ Gas GmbH Rücksprache über die dann erforderlichen Maßnahmen zu führen. Die vor Beginn von Bodeneingriffen für den Bauunternehmer oder dessen Beauftragten bestehende Erkundigungspflicht bei der MITNETZ Gas Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH, Fachbereich Kataster bzw. beim zuständigen Kundenzentrum zur genauen Lage und Verlauf der im Bau bzw. Aufgrabungsbereich liegenden Gasleitung bleibt davon unberührt.  
Die gastechnischen Anlagen genießen Bestandsschutz. Notwendige Aufwendungen/Veränderungen sind grundsätzlich durch den Verursacher bzw. nach den gültigen vertraglichen Vereinbarungen zu finanzieren.
2. **ARCHÄOLOGISCHER DENKMALSCHUTZ - BODENDECKMALKPFLEGE**  
Das Landesamt für Archäologie ist vom exakten Baubeginn (Erschließungs-, Abbruch-, Ausschachtungs- oder Planierarbeiten) mindestens drei Wochen vorher zu informieren. Die Baubeginnsanzeige soll die ausführenden Firmen, Telefonnummer und den verantwortlichen Bauleiter nennen. Das Landesamt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Vorhaben in einem archäologischen Relevanzbereich liegt.  
Im Zuge der Erdarbeiten können sich archäologische Untersuchungen ergeben. Bauverzögerungen sind dadurch nicht auszuschließen. Den mit den Untersuchungen beauftragten Mitarbeitern ist uneingeschränkter Zugang zu den Baustellen und jede mögliche Unterstützung zu gewähren. Die bauausführenden Firmen sind bereits in der Ausschreibung davon zu informieren.
3. **FEUERUNGSANLAGEN**  
Im März 2010 wurde die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (VO über kleine und mittlere Feuerungsanlagen - 1. BImSchV) wesentlich geändert. Aufgrund dessen ist folgender Hinweis zu beachten:  
Die Austrittsöffnung von Schornsteinen bei Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe, die ab dem 22.03.2010 errichtet oder wesentlich geändert werden, müssen bei Feuerungsanlagen mit einer Gesamtwärmeleistung bis 50 Kilowatt in einem Umkreis von 15,0 m die Oberkante von Lüftungöffnungen, Fenstern oder Türen um mindestens 1,0 m überragen; der Umkreisvergrößert sich um 2,0 m je weitere angefangene 50 Kilowatt bis auf höchstens 40,0 m.

**PLANZEICHENERKLÄRUNG** (entsprechend PlanZV)

**Festsetzungen**  
**Planungsrechtliche Festsetzungen** [§ 9 Abs. 1 und 7 BauGB]  
Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB  
WA 1 Allgemeines Wohngebiet (gem. § 4 BauNVO) mit Angabe der Nr. des Teilbaugebietes, hier z.B. Teilbaugebiet WA 1 (siehe Teil B: Text Nr. 1.1.1. und 1.1.2.)

Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB  
0,2 Grundflächenzahl (GRZ)  
0,4 Geschossflächenzahl (GFZ) (siehe Teil B: Text Nr. 1.2.1.)  
II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß § 16 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO  
Bauweise, Baugrenzen § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB  
o offene Bauweise § 22 Abs. 2 BauNVO  
a Abweichende Bauweise (siehe Teil B: Text Nr. 1.3.) § 22 Abs. 4 BauNVO

Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig § 22 Abs. 2 BauNVO  
Baugrenze (siehe Teil B: Text Nr. 1.4.) § 23 Abs. 1 BauNVO  
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

**Verkehrsflächen**  
Öffentliche Straßenverkehrsfläche  
Straßenverkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung  
Geh- und Radweg (öffentlich)  
Private Straßenverkehrsfläche  
Straßenbegrenzungslinie  
Ein- und Ausfahrtbereich  
Bereich ohne Ein- und Ausfahrtbereich

**Grünflächen**  
Private Grünfläche  
Zweckbestimmung: Siehe Teil B: Text Nr. 1.6.  
Sonstige Planzeichen  
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes § 9 Abs. 7 BauGB  
Abgrenzung zwischen Baugebieten  
Kennzeichnungen [§ 9 Abs. 5 BauGB]  
Umgrenzung der Altanlage „Ehemalige Sandgrube an der Mühle“ (AKZ 741002) (siehe Teil B: Hinweise Nr. 6.) § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB

**Nachrichtliche Übernahmen** [§ 9 Abs. 6 BauGB]  
Einzelanlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen  
Gasdruckleitung TN 101.00 (ON 300/DP 16)  
Betreiber: MITNETZ GAS GmbH - siehe Teil B: Hinweise Nr. 1.  
Abwasserleitung Stz DN 250 (Betreiber: KWL GmbH)

**Darstellungen ohne Normencharakter**  
Erläuterung der Nutzungsschablone:  
WA II a ED  
0,2 0,4  
Maßangabe in Meter, z.B. 6 m  
Straßenverkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes)  
Geplanter Gehweg (öffentlich)

**Ausgewählte Darstellungen der Plangrundlage**  
Flurstücksgrenze mit Grenzstein  
Flurstücksnr.: z.B. 211a bzw. 212  
Höhenangabe in m DHHN (Deutsches Hauptknotennetz)  
Gebäudebestand  
Fließgewässer („Merkwitzbach“)  
Vorhandener Nadelbaum  
Vorhandener Laubbaum  
Vorhandene Heckenstrukturen  
Vorhandene Sportanlage

4. **LÄRMSCHUTZ**  
Die Inbetriebnahme und zwischenzeitlich erfolgte Werksveränderungen des BMW- Standortes führte nicht zur Überschreitung der Orientierungswerte für die Beurteilungspegel nach DIN 18005 (Tag- und Nachtzeitraum) am Standort des Bebauungsplanes Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“ bei Berücksichtigung aller auftretender Geräuschabstrahlungen einschließlich Vorbelastungen.  
Dennoch sollten die Wohnungsrundrisse in den östlichen überbaubaren Grundstücksflächen des Baugebietes WA 1 so gestaltet werden, dass an den zur Ortsverbindungsstraße gerichteten Fassaden nach Möglichkeit keine schutzbedürftigen Räume (Schlaf- und Wohnräume) angeordnet sind. Für solche Räume empfiehlt sich die Einordnung im von der Straße abgewandten Gebäudeteil.  
Falls die oben formulierte Empfehlung nicht einzuhalten ist, sollte eine zweite Lüftungsmöglichkeit für die schutzbedürftigen Räume an einer weniger von Lärmimmissionen belasteten Fassade in Erwägung gezogen werden. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich überdies in der Nähe des Nachtschutzbereiches des Flughafens Leipzig/Halle.
5. **ABWASSERENTSORGUNG**  
Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 29 wird abwasserseitig dezentral entsorgt. Für die Grundstücke müssen mit biologischer Reinigung ausgestattete Kläranlagen zum Einsatz kommen. Die Genehmigung zur Einleitung des geklärten häuslichen Schmutzwassers in das Grundwasser ist durch Beantragung der Erstellung einer wasserrechtlichen Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde des Landratsamtes Nordachsen einzuholen.  
Die Sickerfähigkeit des Untergrundes ist mit hydrogeologischen Untersuchungen bei Beachtung des Regelwerkes DIN 4261 (Schmutzwasser) und des Arbeitsblattes ATV-DVWK-A 138 (Regenwasser) nachzuweisen.
6. **ALTLASTEN**  
Der im Teil A: Planzeichnung des Bebauungsplanes gekennzeichnete Bereich der ehemaligen und mit inhomogenen Abfällen lose verfüllten Sandgrube innerhalb des Flurstückes 149a ist im Sächsischen Altlastenkataster als Altanlage unter der Altlastenkennziffer AKZ 74 100 295 geführt und nicht als Baugrund geeignet.
7. **VORSORGERENDER RADONSCHUTZ**  
Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie hat mit Stellungnahme vom 16.12.2016 mitgeteilt:  
„Zum gegenwärtigen Kenntnisstand liegen keine Anhaltspunkte über radiologisch relevante Hinterlassenschaften für das Plangebiet vor. Zum Vorhaben bestehen daher keine rechtlichen Bedenken. Im Rahmen weiterer Planungen zur Bebauung wird aber empfohlen, die folgenden fachlichen Hinweise zum vorsorgenden Radonschutz zu beachten:  
Obwohl in einem Gebiet liegend, in dem nach gegenwärtigen Kenntnisstand erhöhte Radonkonzentrationen in der Bodenluft wahrscheinlich kaum auftreten, ist jedoch nicht mit Sicherheit auszuschließen, dass auf Grund lokaler Gegebenheiten und der Gebäudeeigenschaften hinsichtlich eines Radontrittes dennoch erhöhte Werte der Radonkonzentration in der Raumluft auftreten können.  
In Deutschland existieren bisher keine gesetzlichen Regelungen mit einem verbindlichen Grenzwert zu Radon in Gebäuden. Aus Gründen der Vorsorge werden deshalb Empfehlungen für Schutzmaßnahmen ausgesprochen. Die diesbezügliche EU-Richtlinie nennt als maximalen Referenzwert 300 Bq/m<sup>3</sup> oberhalb den Radonkonzentrationen in Innenräumen als unangemessen betrachtet werden.  
Zum vorsorgenden Schutz vor erhöhter Strahlenbelastung durch Zutritt von Radon in Aufenthaltsräume wird empfohlen, bei geplanten Neubauten generell Radonschutz vorzusehen oder von einem kompetenten Ingenieurbüro die radiologische Situation auf dem Grundstück und den Bedarf an Schutzmaßnahmen abklären zu lassen.  
Bei Fragen zu Radonvorkommen, Radonwirkung und Radonschutz steht die Radonberatungsteil des Freistaates Sachsen zur Verfügung.  
E-Mail: radonberatung@mul.sachsen.de  
Internet: www.strahlenschutz.sachsen.de.“

**Satzung über einen verbindlichen Bauleitplan der Stadt Taucha**  
**Bebauungsplan Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“, Ortsteil Merkwitz**

**Präambel**  
Der Stadtrat der Stadt Taucha hat die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, in seiner öffentlichen Sitzung am 14.09.2017 als Satzung beschlossen.  
Die Rechtsgrundlagen hierfür sind § 1 Abs. 3 und § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB), § 4 der Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) und § 89 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) in den jeweils geltenden Fassungen.  
Die Satzung wird hiermit ausgesetzt.

Taucha, den 15.09.2017  
Tobias Meier  
Bürgermeister

**Planunterlage**  
Die Darstellung des Grenzverlaufes und der Bezeichnung der Flurstücke innerhalb der Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“ entspricht den Katasterangaben vom 12.02.2017.

Eilenburg, den 13.08.2015  
Landratsamt Landkreis Nordachsen  
Vermessungsamt  
Amtsleiter

**Aufstellungsbeschluss**  
Der Stadtrat der Stadt Taucha hat in seinen öffentlichen Sitzungen am 08.11.2001 und 13.06.2002 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“ beschlossen. [§ 2 Abs. 1 BauGB]

Taucha, den 15.09.2017  
Tobias Meier  
Bürgermeister

**Billigungs- und Auslegungsbefehl sowie öffentliche Auslegung**  
Der Stadtrat der Stadt Taucha hat in seinen öffentlichen Sitzungen am 10.06.2004, 11.03.2010, 14.10.2010, 11.07.2013 und 13.10.2016 die jeweiligen Entwürfe des Bebauungsplanes Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“ sowie die zugehörigen Begründungen gebilligt und die öffentlichen Auslegungen beschlossen.  
Die Entwürfe des Bebauungsplanes Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“ mit ihren Begründungen haben vom 12.07.2004 bis 13.05.2004, 12.04.2010 bis 15.05.2010, 12.04.2010 bis 15.05.2010, 12.08.2013 bis 13.05.2013 und vom 11.11.2016 bis 12.12.2016 öffentlich ausliegen. [§ 3 Abs. 2 BauGB]

Taucha, den 15.09.2017  
Tobias Meier  
Bürgermeister

**Satzungsbeschluss**  
Der Stadtrat der Stadt Taucha hat die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“ nach Prüfung der Stellungnahmen in der öffentlichen Sitzung am 14.09.2017 als Satzung beschlossen sowie die Begründung gebilligt. [§ 3 Abs. 2; § 10 Abs. 1 BauGB]

Taucha, den 14.09.2017  
Tobias Meier  
Bürgermeister

**Inkrafttreten**  
Die ortsübliche Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB erfolgte im Tauchaer Stadtanzeiger Nr. 102017 vom 01.10.2017. Mit diesem Tag ist der Bebauungsplan Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“ in Kraft getreten.

Taucha, den 01.10.2017  
Tobias Meier  
Bürgermeister

**Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften**  
Innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“ ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“ nicht geltend gemacht worden. [§ 215 Abs. 1 BauGB]

Taucha, den 01.10.2018  
Tobias Meier  
Bürgermeister

**Stadt Taucha**  
**Bebauungsplan Nr. 29**  
**„Allgemeines Wohngebiet Merkwitz an der Mühle“**

**Stadt Taucha - Bauamt**

Planverfasser: Dr. Paatz und Partner GmbH  
Ingenieurbüro für Stadtplanung und Stadtentwicklung  
Gottfried-Heubach-Straße 24, 04249 Leipzig  
Tel.: 0341 4243240; eMail: paatz.gmbh@corinve.de

14.09.2017